

Antrag 2023/I/Arb/1

Kreis Bergedorf

Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

Für ein faires, bezahltes Praktisches Jahr für Medizinstudierende!

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag der
2 SPD beschließen:

3 Die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung
4 sollen darauf hinwirken, dass die Approbationsordnung für Ärzte mit Blick auf den § 3 IV ÄAp-
5 pro bzw. § 47 ÄApprO-E dahingehend angepasst wird, dass Studierende der Humanmedizin
6 im Praktischen Jahr eine gerechte und faire Vergütung, welche mindestens 50% des tariflichen
7 Einstiegsgehalts für Assistenzärzt*innen beträgt, erhalten. Die Deckelung der Geldleistungen
8 wird gestrichen und die Verrechnung mit Sachleistungen unterbunden.

9

10 **Begründung**

11 I. Menschenwürdiges Leben muss möglich sein.

12 Der letzte Abschnitt des sechsjährigen Medizinstudiums vor der ärztlichen Approbation ist das
13 Praktische Jahr (PJ). In einem Umfang von 48 Wochen müssen Studierende drei Tertiale in der
14 Chirurgie, Inneren Medizin und einem Wahlfach in einer Einrichtung mit Patient*innenversor-
15 gung absolvieren.

16 Schon vor dem eigentlichen Berufseinstieg werden Studierende vom Drei-Schicht-System ver-
17 einnahmt: Nacht-, Wochenend- und Spätdienste sind keine Seltenheit. Das kräfteaufreibenden
18 Arbeiten im Krankenhausbetrieb und Schichtsystem verlangt, wie man bei Mitarbeitenden
19 der Pflege ebenfalls sehen kann, nach einer zumindest nahezu ebenbürtigen Zeit der Erholung.
20 Dies ist wichtig, um die mentale und physische Gesundheit aufrechtzuerhalten, was dem indi-
21 viduellen Wohlbefinden, aber auch dem der Patient*innen zugutekommt.

22 Dass die Studierenden sich neben ihrer vorgeschriebenen Arbeitszeit von 40 Wochenstunden
23 zudem in der Vorbereitung auf das dritte und letzte Staatsexamen befinden, resultiert aller-
24 dings nicht unbedingt darin, dass die wenige freie Zeit als Ausgleich genutzt werden kann. Der
25 eigentliche Sinn des PJs, eine anwendungsbezogene Vertiefung erlernter Inhalte unter Anlei-
26 tung erfahrener Ärzt*innen zu erhalten, erfordert außerdem ein gewisses Maß an Selbststudi-
27 um, um möglichst geschult im Umgang mit einem breiten Spektrum an Krankheitsbildern zu
28 sein. Doch wer hat Zeit, abends den spannenden Patient*innen-Fall mit der seltenen Erkrän-
29 kung genau unter die Lupe zu nehmen, wenn die wichtigste Prüfung des gesamten Studiums
30 immer näher rückt?

31 Wie bei Arbeitnehmenden besteht ein Anspruch auf insgesamt 30 Urlaubstage im gesamten
32 Jahr: Doch hierzu zählen auch sämtliche Krankheitstage. Viele PJ-Studierende sind versucht,
33 sich ihre Urlaubstage für die Examensvorbereitung aufzusparen. Es scheint nahezu ironisch,
34 dass das in fünf Jahren angelernte Wissen wohl genutzt werden soll, um möglichst selbst nicht
35 krank zu werden und dies, obwohl das Krankenhaus als solches die beste Grundlage bietet, sich
36 eine Infektionserkrankung einzuholen.

37 Dass viele Studierende in dieser Zeit klinisch oder experimentell forschen, um eine Promotion
38 zu erlangen, verschärft die Ausgangslage außerdem zusätzlich um einiges.

39 Eine dem Lebensunterhalt dienende Tätigkeit ist somit unzumutbar, denn zusätzlich ist die
40 größte Herausforderung noch nicht genannt: Studierende im PJ müssen nach aktuellem Stand
41 nicht vergütet werden. Eine Studie des Hartmannbundes ergab, dass 111 von 691 Krankenhäu-
42 sern das PJ mit 0 Euro vergüten. Über 85% der Krankenhäuser vergüten es mit monatlich 0-400
43 Euro. Dass ausgerechnet die ärztliche Approbationsordnung - die gesetzliche Grundlage - diese
44 Ausbeutung schafft, stellt eine Bereicherung zugunsten des gewinnorientierten Gesundheits-
45 systems dar und einem solchen Gesetz wird gern Folge geleistet.

46 Krankenhäuser in bevölkerungsärmeren, suburbanen Strukturen locken häufig mit einer Auf-
47 wandsentschädigung für Studierende, da besonders kleine Institutionen, die vom Fachkräfte-
48 mangel stärker betroffen sind als Universitätskliniken, von diesen billigen Arbeitskräften profi-
49 tieren und sogar auf sie angewiesen sind. Einige Studierende treiben o.g. Umstände auch in die
50 Schweiz, da das PJ dortzulande mit durchschnittlich 700 bis 1500 Franken (580 bis 1200 Euro)
51 vergütet wird. Die Wahl, sein PJ-Tertial nicht im nächstgelegenen Klinikum oder gar in Deutsch-
52 land zu absolvieren, geschieht demnach nicht ausschließlich, aber häufig finanziell motiviert.

53 Wer vor dem Praktischen Jahr keine ausreichenden Rücklagen schaffen konnte und ohne elter-
54 liche oder anderweitige finanzielle Unterstützung auskommt, verzichtet evtl. auf das Erfüllen
55 des Wunsches, am Heimatklinikum von Koryphäen zu lernen. Dies treibt einen Keil zwischen
56 Studierende, die aus verständlichen Gründen von ihrer finanziell-privilegierten Situation Ge-
57 brauch machen, nach freiem Ermessen den Standort ihres PJs wählen zu können, und jenen,
58 die diese Privilegien nicht besitzen.

59 Im Übrigen gelten für PJ-Studierende u.a. kein Mutterschutzgesetz, kein Kündigungsschutzge-
60 setz und kein Arbeitszeitgesetz. Auch dies muss sich im Sinne des Arbeitnehmer*innenschutzes
61 und der sozialen Gerechtigkeit ändern.

62 II. Studierende im Praktischen Jahr tragen zum Krankenhausbetrieb bei.

63 Medizinstudierende haben im PJ bereits mindestens zehn Semester erfolgreich Medizin stu-
64 diert, das sog. „Physikum“ (1. Staatsexamen) und das „Hammerexamen“ (2. Staatsexamen) be-
65 standen. Viele dieser Studierenden haben bereits selbst geforscht und ein großer Anteil be-
66 sitzt Berufserfahrung in der Pflege oder im Rettungsdienst. Insbesondere haben zu diesem
67 Zeitpunkt alle PJ-Studierende bereits drei Monate Krankenpflegepraktikum und vier Monate
68 Famulatur geleistet.

69 Der Tätigkeitsbereich, der das Durchführen von körperlichen Untersuchungen und Anamnese-
70 gesprächen, der Operationsassistenz, Blutentnahmen, Abstrichen und das Schreiben von ärzt-
71 lichen Briefen umfasst, unterscheidet sich nicht vom Tätigkeitsprofil approbierter Ärzt*innen
72 in der Assistenzzeit. Auch wenn also kein Arbeitsverhältnis im engeren Sinne besteht, sieht die
73 Realität ganz anders aus. Die miserablen Zustände in der deutschen Gesundheitsversorgung
74 werden hierbei auf dem Rücken der Studierenden ausgetragen, denn auch pflegerische Aufga-
75 ben werden entgegen des eigentlichen Zuständigkeitsbereichs auf die unvergüteten, jungen
76 Menschen ausgelagert.